



## Geburtenzahl und Frauenerwerbstätigkeit

Während die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland weiter auf Expansionskurs liegt und Frauen relativ zu den Männern glänzend durch die Krise gekommen sind, bleibt es beim Geburtenstreik. Auch 2009 haben deutsche Frauen die niedrigste Nettoreproduktionsrate aller 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Diese niedrige Geburtenrate ist das unrühmliche vorläufige Ende einer langen Geschichte. Schon seit Jahrzehnten liegt die Fertilität unter dem zur Bestandsicherhaltung der Bevölkerung nötigen Niveau. Das konnte Deutschland lange Zeit durch Zuwanderung ausgleichen. Jetzt ist Deutschland auch ein Auswanderungsland. Das wird langfristig wehtun: Eine unausgewogene Alterstruktur und eine deutliche Bevölkerungsschrumpfung wird den Fachkräftemangel verstärken. Dabei wird es immer schwieriger werden, die sozialen Sicherungssysteme ausreichend zu finanzieren. Hinzu kommen regionale Entwicklungsschwierigkeiten durch die Entvölkerung ganzer Landstriche. Das kostet Wachstum und Wohlstand.

Die demographische Entwicklung und der hohe, weiter wachsende Bildungsstand bringen immer mehr Frauen dazu, erwerbstätig zu werden. Allerdings ist der Arbeitsmarkt für Frauen weiterhin von Teilzeitarbeit dominiert. Eine Ausweitung der gesellschaftlich gewünschten und durch den Fachkräftemangel auch nötigen Frauenerwerbstätigkeit ist aber nur mit besseren Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung umsetzbar. Geschieht dies nicht, so werden die Geburtenraten weiter niedrig bleiben.

Hohe Geburtenraten und eine volle Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sind kein naturgesetzlicher Widerspruch. Andere Gesellschaften, wie zum Beispiel die in Schweden, denen die Organisation der Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser gelingt, können auch erheblich höhere Geburtenraten vorweisen.

Eine arbeitsmarktorientierte Familienpolitik, etwa durch die Förderung von Betriebskindergärten, durch die Entwicklung der frökhkindlichen Betreuungssysteme, aber auch durch die sichere Bereitstellung ausreichender Kindergartenplätze sowie durch eine Ganztagsbetreuung in den Schulen könnte Wirkung zeigen. Die Abschaffung des Ehegattensplittings würde mit den dann entstehenden mehr als 30 Milliarden Euro zusätzlichen Steuereinnahmen diese familienfördernden Maßnahmen nicht nur finanzieren können, sie würde auch über die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit das Wachstum fördern und durch Verlagerung von Haushalts- in Marktproduktion die Binnennachfrage stärken.

Aber die wirtschaftspolitische Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse ist eine Schnecke. Die ökonomische Analyse dieser Fragen liegt seit Jahren vor.\* Bereits 1985, also vor 25 Jahren, wurde mein Buch zur Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenentwicklung publiziert, das all diese Themen bereits diskutiert. Eine Aufarbeitung der Erkenntnisse der Familienpolitik fand sich in einem wirtschaftspolitischen Beitrag, der bis heute nichts von seiner Aktualität verloren hat.

Auch der Verein für Socialpolitik hat jetzt endlich die Bedeutung dieser Fragen erkannt und die „Familienökonomie“ zum Thema der diesjährigen Jahrestagung im September in Kiel gemacht. Es bleibt zu hoffen, dass Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nun in letzter Minute die Kurve kriegen, bevor die Demographie ab 2015 endgültig die Gestaltungshoheit übernimmt.

\* K. F. Zimmermann, Familienökonomie. Theoretische und empirische Untersuchungen zur Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenentwicklung, Springer-Verlag 1985;  
K. F. Zimmermann, Grenzen einer Bevölkerungspolitik durch Familienpolitik, Wirtschaftsdienst 1984, IV, 180-185.



Klaus F. Zimmermann

